

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	82
		TOP:	8
Verhandlung		Drucksache:	222/2020
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	20.07.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / fr		
Betreff:	"Kita S-Plus" Strukturelle Förderung von Kindertageseinrichtungen im Programm "Kita für alle in Stuttgart"		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 25.05.2020, öffentlich, Nr. 42
Jugendhilfeausschuss vom 25.05.2020, öffentlich, Nr. 14
Verwaltungsausschuss vom 27.05.2020, öffentlich, Nr. 156
jeweiliges Ergebnis: Zurückstellung

Jugendhilfeausschuss vom 29.06.2020, öffentlich, Nr. 59
Ergebnis: einmütige Zustimmung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 24.06.2020, GRDRs 222/2020, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der strukturellen Förderung von sechs Stuttgarter Kindertageseinrichtungen ("Kita S-Plus") im Rahmen des Programms "Kita für alle in Stuttgart" wird zugestimmt. Das Jugendamt wird ermächtigt, außerhalb des Stellenplans Personal im Umfang von 2,0 Vollzeitkräften in Entgeltgruppe S 9 TVöD für die Dauer vom 01.09.2020 bis 31.08.2024 zu beschäftigen. Die Finanzierung der Personalkosten erfolgt haushaltsneutral durch Umschichtung aus dem Förderbudget.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, Durchführungsbestimmungen zu erlassen.

Im Verlauf der kurzen Aussprache wird die Vorlage durch StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE), StR Dr. Reiners (CDU) und StRin Meergans (SPD) ausdrücklich begrüßt. Die Ratsmitglieder betonen, dass langfristig allen behinderten Kindern in jedem der Stuttgarter Stadtbezirke eine wohnortnahe Betreuung in einer normalen Kindertagesstätte gemeinsam mit nicht behinderten Kindern ermöglicht werden sollte. Deshalb sei eine künftige Ausweitung des Programms "Kita für alle in Stuttgart" auf weitere Kindertageseinrichtungen unter Beachtung der bisher gemachten Erfahrungen wünschenswert.

Von Frau Steinhoff (JugA) wird anschließend bestätigt, dass die Verwaltung eine langfristige Ausweitung des Programms auch auf Kitas, die noch keine Erfahrung in der Betreuung von Kindern mit einer Behinderung haben, anstrebe. Dabei sollen u. a. auch die Ergebnisse der geplanten Evaluation des aktuellen Modellprojektes mit einfließen. Zudem sei geplant, als qualitätssicherndes Instrument eine Leitlinie zum Thema "Kita für alle" zu erarbeiten, die fortan für alle Kitas verbindlich gelten solle. In diesem Zusammenhang erwähnt die Verwaltungsmitarbeiterin als weitere Hilfestellung für Eltern und Einrichtungen auch die zentrale Informations- und Beratungsstelle "Kita für alle" beim Gesundheitsamt, wo Qualifizierung und Fortbildung angeboten werde, und an die sich die Einrichtungsleitungen und Eltern bei allen Fragen rund um die Betreuung von behinderten Kindern wenden könnten.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (2)
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-ICG
 3. OB-KB
 4. S/OB
 5. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 6. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 7. Referat SI
Sozialamt (2)
Gesundheitsamt (2)
SI-BB
 8. BVin Mitte, BV West
 9. BezÄ Feu, Hed, Mö, Zu
 10. Rechnungsprüfungsamt
 11. L/OB-K
 12. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS